Berlin in Aufruhr: Polizei stoppt anti-israelische Demo mit Festnahmen!

Am 5. Juli 2025 kam es in Berlin zu einer anti-israelischen Demonstration, die von der Polizei gestoppt wurde.

Kantstraße, 10625 Berlin, Deutschland - In Berlin kam es am vergangen Samstag zu einer anti-israelischen Demonstration unter dem Motto ȣSolidarität mit Palästina. Stoppt den Gaza Genozid. Keine Waffenlieferungen an Israelȣ. Obwohl die Veranstaltung mit 500 Teilnehmern angemeldet war, fanden sich lediglich 300 Menschen an der Wilmersdorfer Straße Ecke Kantstraße in Berlin-Charlottenburg ein. Die Berliner Polizei war mit einem Aufgebot von 600 Beamten vor Ort, um Sicherheitslagen zu gewährleisten und eventuell aufkommende Gewalttaten zu verhindern.

Die Polizei musste den Aufzug gegen 15 Uhr aufgrund von beobachteten Straftaten vorzeitig stoppen und nahm

mindestens zehn Personen vorläufig fest. Dies schloss Festnahmen wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole ein. Wie die Polizeisprecherin Anja Dierschke berichtete, könnten sich die Festnahmen nach der Auswertung aller Einsatzabschnitte noch erhöhen. Der Demonstrationszug konnte an der Kantstraße/Ecke Wielandstraße gestoppt werden; eine stationäre Kundgebung war jedoch noch bis 17:30 Uhr erlaubt.

Politische Spannungen und Schutzmaßnahmen

Ein brisantes Element der Demonstration war das Auftreten von FDP-Politikerin Karoline Preisler, die ein Schild mit der Aufschrift ȣUntil the last hostageȣ hochhielt, um für die Freilassung israelischer Geiseln zu werben. Preisler wurde unter dem Schutz mehrerer Polizisten erkennbar angegriffen; es gab Versuche von Demonstranten, den schützenden Ring zu durchbrechen, was jedoch scheiterte. Letztlich konnte sie den Ort der Veranstaltung unverletzt verlassen.

Die Proteste standen im Kontext des anhaltenden Gaza-Kriegs, der durch den Überfall der Hamas und anderer islamistischer Gruppen auf Israel am 7. Oktober 2023 ausgelöst wurde. Bei diesem Angriff kamen etwa 1.200 Menschen ums Leben, und über 250 wurden als Geiseln nach Gaza verschleppt. Die Hamas kontrollierte Gesundheitsbehörden berichten inzwischen von über 56.000 toten Palästinensern, deren Zahl zwischen Zivilisten und Kämpfern nicht unterschieden wird. Weitere Gespräche über eine Waffenruhe sind derzeit im Gange.

Demonstrationsfreiheit in Deutschland

Die Ereignisse werfen auch ein Licht auf die rechtlichen Rahmenbedingungen der Versammlungsfreiheit in Deutschland, die durch Artikel 8 des Grundgesetzes geschützt ist. Dieser gewährleistet das Recht auf Versammlungen, jedoch unterliegt

er auch Einschränkungen, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Beispielsweise können Versammlungen verboten oder aufgelöst werden, wenn sie als gewalttätig wahrgenommen werden. Historisch gesehen ist die Diskussion über die Grenzen und Möglichkeiten der Versammlungsfreiheit ein zentraler Bestandteil der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik.

Am Abend des selben Tages kam es im Stadtteil Tiergarten zu einer weiteren konzertierten Aktion, wo sich bis zu 1.500 Menschen versammelten, um gegen Israels Vorgehen im Gaza-Krieg zu protestieren. Diese Aktion wurde von der Polizei beobachtet und beinhaltete Redebeiträge, die möglicherweise durch die Behörden besser bewertet werden müssen.

Insgesamt gibt es in Berlin und darüber hinaus eine Vielzahl von pro-palästinensischen Demonstrationen, jede mit ihren eigenen Dynamiken und Herausforderungen. Der Begriff ȣVölkermordȣ, der den Diskussionen häufig anhängt, wird von der israelischen Regierung zurückgewiesen, was die Spannungen in der Region weiter anheizt.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass das Thema und die Emotionen rund um den Gaza-Konflikt auch in Deutschland lebhaft diskutiert werden, und die Behörden immer gefordert sind, die Balance zwischen Meinungsfreiheit und öffentlicher Sicherheit zu wahren.

Details	
Ort	Kantstraße, 10625 Berlin, Deutschland
Quellen	• www.bild.de • www.tagesspiegel.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net